

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Pettizelle 20 Pfennige, Vereinsanzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Vorstandes. — Unsere Lohnbewegungen im März. — Verjährung der Ansprüche auf Unfallrente. — Das Vereinsrecht der Frauen vor dem Reichstag. — Korrespondenzen (Dresden, Grimmitzschau, Niederseibitz, Breslau, Bremen, Nürnberg, Herford, Leipzig, Stettin, Detmold). — Mundschau. — Literatur. — Anzeigen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Altenburg. Der Vorsitzende August Bader wohnt Bernhardtstr. 7.

Der Arbeitsnachweis der Zahlstelle II Berlin befindet sich vom 31. März ab Alte Jakobstr. 5, Hof rechts, 2. Eingang, 3 Treppen. Zuschriften und Sendungen sind dorthin zu richten.

Alle Mitglieder, welche ihre statistischen Karten noch nicht eingekandt haben, werden ersucht, dies schleunigst zu tun.

Berlin, Zahlstelle III. Die Kassiererin Margarethe Brandt wohnt Kottbuserstr. 10 bei Anglarbe.

Hamburg. Kollege Adolf Glarner, Revolverstraße 4 III, hat die Verbandsangelegenheiten als Vorsitzender wieder übernommen.

Konstanz. Vorsitzende ist Minna Schafroth, Pfarrgasse 48 1/2.

Grimmitzschau. Kassierer ist Moritz Klob, Frankenhäuserstr. 56.

Köln a. Rh. hat noch nicht abgerechnet. Die Abrechnung muß umgehend erfolgen.

Die Kassierer und Kassiererinnen werden ersucht, die statistischen Karten recht schnell einzusenden.

Die Adresse der Vorstandsvorsitzenden und Redaktion ist Elbingerstr. 19, II.

Der Vorstandsvorsitzende.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Unsere Lohnbewegungen im März.

Als eine sehr bewegte Zeit auf dem Gebiete der Lohnbewegung müssen wir diesmal den verfloffenen Monat bezeichnen. Die aufsteigende Entwicklungsrichtung unseres Verbandes hat jetzt derart das Interesse des Unternehmertums für unsere Organisation macherlassen, daß wir nicht nur zum Angriff vorbereitet dürfen, sondern auch zur Abwehr gerüstet sein müssen. Dies hat sich ganz besonders bei dem Streik des Steindruckereihilfspersonals der Firma Vithauer & Woyten in Berlin gezeigt. Bei dieser Firma, bei der das besonders in Steindruckereien fast allgemein übliche, für den Arbeiter so überaus schädliche Prämienystem besteht, kam es zu Differenzen, weil die bis dahin gezahlten Prämien um ein ganz Bedeutendes herabgemindert wurden, wobei aber die Auflage, mit deren Höhe der Prämienlohn beginnt, um 2000 Exemplare heraufgesetzt werden sollte. Es zeigte sich bald, daß dadurch das Hilfspersonal einen Lohnausfall von wöchentlich bis zu 6 Mk. hatte. Infolgedessen forderte man, um nicht allzugroße Verluste zu haben, einen geringen Ausgleich in Form einer Lohnerhöhung. Die Verhandlungen zogen sich wochenlang hin, so daß das Hilfspersonal nun doch zum letzten Mittel, der Niederlegung der Arbeit, greifen mußte. Die Firma, den bekannten Herrenstandpunkt während, wies alle Vermittelungsversuche der Organisationsleitung zurück, da sie nur mit ihren „eigenen“ Arbeitern verhandele; da diese aber kontraktbrüchig geworden seien, könnten erst nach bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit die Verhandlungen stattfinden.

Da sich Streikbrecher so gut wie gar nicht fanden, ruhte der Betrieb fast vollständig. Jetzt trat die Unternehmerorganisation auf den Plan, indem sämtliche Ringfirmen den an dem Streik ganz unbeteiligten, bei ihnen beschäftigten Steindruckern und Lithographen, rund 1200 Personen, kündigten, um als Entgelt für den Abwehrtreue der 36 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen einige Tausend Personen auf Pfahler zu werfen. Offenbar beabsichtigten die Unternehmer hier zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Einestheils wollte man der aufstrebenden noch jungen Hilfsarbeiterorganisation einen Damm entgegenziehen, andernteils aber dem Senefelderbund, der es erst vor einigen Wochen gewagt hatte, den Tarif, den die Unternehmer dem Senefelderbund aufzwingen wollten, abzulehnen, einen Schlag zu verfehlen, der ihm die Lust zu etwaigen Aktionen nehmen sollte. Es war somit für alle Beteiligten klar, daß das Unternehmertum planvoll und wohl vorbereitet einen Kampf provozieren wollte, von dessen Ausgang es sich die Zahnlung der in Betracht kommenden Organisation versprach. Mit solchen Praktiken der Unternehmer, die gewissenlos Tausende von Existenzen vernichten, weil 36 schlecht entlohnte Arbeiter nicht widerstandslos ihre Lebenslage noch weiter herabdrücken lassen wollten, hatten die Arbeiter nicht gerechnet, sie beschloßen daher, den Ringfirmen den angeblichen Grund zur Auslieferung zu nehmen, indem sie sich bereit erklärten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies geschah, nachdem eine unparteiische Kommission von der Firma die Forderung erhalten hatte, nach Aufnahme der Arbeit den im Ausstand befindlichen Arbeitern Zugeständnisse im Sinne der gestellten Forderungen zu machen. Es wurden dann auch Zulagen bis zu zwei Mark gezahlt, gleichzeitig erreichte man dadurch, daß die ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen wurden. Waren somit die Absichten der Unzufriedenheitsbewegung erfüllt, so haben die Arbeiter gesehen, wessen das Unternehmertum fähig ist, wenn es sich in seinem Profit bedroht glaubt. Lernen wir daher aus diesem Vorgange, wie nötig es ist, stets gerüstet zu sein, um in ähnlichen Fällen die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben zu müssen.

Eine weitere Angelegenheit von schwerwiegender Bedeutung spielte sich in zwei Berliner Buchdruckereien ab. Es handelte sich um die Bedienung des Anlageapparates, bei der es galt, die bekannte Resolution zur praktischen Durchführung zu bringen. Auch hier kam es zu ein- bzw. zweitägiger Arbeitsniederlegung. Besonders schwierig gestaltete sich die Sachlage durch die Haltung der Maschinenmeister, die das eigentümliche Verlangen stellten, die Berechtigung anderer Forderungen entscheiden zu wollen. Da wir als selbständige Organisation uns auf keinen Fall unter Kuratel einer anderen Organisation stellen können, wieviel wir eine solche Zumutung ganz entschieden zurück, worauf wir aus dem Munde des Vorsitzenden des Maschinenmeistervereins die seltene Erklärung vernahmen mußten, daß man sich zwar unparteiisch verhalten werde, jedoch mit „anderen Arbeitern“ (ein neuer Ausdruck für Streikbrecher) zusammen arbeiten würde. Würden wir somit, was wir von jener Seite zu erwarten hatten, so stellten wir trotzdem die Forderung und hatten die Genehmigung, daß wenn wir auch nicht alles erreichen konnten, doch niemand durch die Aufstellung der Apparate brotlos wurde, die vorhandenen sechs Apparate wurden von drei An-

legern und drei Bogenfängerinnen bedient, wobei die Letzteren zwei Mark Lohnzulage erhielten. Ein sonderbarer Zufall mag es sein, daß während wir verhandelten, die Maschinenmeister derselben Firma plötzlich eine Lohnzulage von 3 Mk. fordereten und auch erhielten.

Auch in Bielefeld kam es zur Arbeits-einstellung; dort wurde unserem Vertrauensmann der Firma Behagen & Klasing gekündigt, worauf das übrige Hilfspersonal seinerseits die Kündigung einreichte und zwei Tage später nicht wieder zur Arbeit zurückkehrte. Auf Veranlassung unserer Ortsverwaltung und nachdem von der Firma Zugeständnisse verprochen wurden, nahmen unsere Mitglieder am folgenden Tage die Arbeit wieder auf. Als jedoch eine aus 4 Mitgliedern gebildete Kommission zur Festlegung der Zugeständnisse schreiben wollte, wurde diese kurzerhand gekündigt. Es handelte sich um Personen, die 20, 17, 7 und 6 Jahre im Geschäft tätig waren. Diese unerhörte Provokation konnten sich die Arbeiterinnen, die hierin mit Recht eine allgemeine Abfälligkeit erblickten, nicht gefallen lassen und kehrten deshalb am Nachmittag desselben Tages nicht wieder zur Arbeit zurück. Leider fanden sich Arbeitswillige, und da das Verhalten der Maschinenmeister als solidarisch nicht bezeichnet werden konnte, war es nicht möglich, unsere Forderungen aufrecht zu erhalten, worauf, um weiteren Schädigungen vorzubeugen, die Arbeit nach einwöchentlichem Streik wieder aufgenommen werden mußte.

In Bremen kam es in der Steindruckerei Wth. Jönken, woselbst eine 25-proz. Erhöhung des Ueberstundenlohnes gefordert wurde, infolgedessen die Firma zu Maßregelungen schritt, ebenfalls zum Ausstand. Hier ergabte das einmütige Zusammenstehen des gesamten Personals einen vollen Erfolg, der umso höher anzuschlagen ist, als uns dadurch ein nicht unerheblicher Mitgliederzuwachs geworden ist, so daß jetzt das ganze Hilfspersonal der Firma der Organisation angehört.

Weitere Lohnbewegungen, bei denen es zum Streik nicht kam, fanden in Berlin und Leipzig statt. Dieselben waren durchweg von Erfolg gekrönt, aber in einem Falle konnte die betreffende Firma erst nach 5-stündiger Arbeitsruhe von der Berechtigung der Forderungen unserer Kolleginnen überzeugt werden. Erreicht wurden für Anlegerrinnen und Bogenfängerinnen Zulagen von 50 Pf. bis 1 Mk. für Steinschleifer 1,50 bis 2.— Mk. Neben den Erfolgen, die aus Leipzig gemeldet werden, hatten dort noch einige Forderungen der Erledigung. So stehen die Kolleginnen der Firma Freiger, denen eine Entschädigung für Bronzieren und Fudern nicht gewährt wird, in Kündigung. Die Firma sucht Arbeitswillige mittels Inzerate heranzuziehen. Bemerkenswert ist, daß diese Firma, die im vorigen Geschäftsjahr einen Gewinn von 406.000 Mk. hatte und eine Dividende von 10 pCt. an ihre schwer arbeitenden Aktionäre zahlen konnte, nicht imstande ist, ihren schlecht gestellten Arbeiterinnen eine ganz geringe Lohnaufbesserung zu gewähren.

Die heikle „Hilfsarbeiterfrage“ spielt auch bei diesen Bewegungen stets wieder eine gar wichtige Rolle und ist die ewigliche Forderung des Arbeitsverhältnisses zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern eine unbedingte Notwendigkeit. Wir müssen unter allen Umständen, in Rücksicht auf die für die Folge einzuschlagende Taktik, Gewißheit darüber

haben, wie sich die uns am nächsten stehende Arbeiterkategorie, die Maschinenmeister, zu ihrem Vorwärtstreben stellen; denn wie die Sache jetzt liegt, bietet sie für die allgemeine Arbeiterchaft doch wahrlich ein trauriges Bild. Müssen wir uns doch jedesmal „mit Bangen und Bangen in schwebender Pein“ fragen: Wie werden sich die Maschinenmeister verhalten? Gewißheit müssen wir haben! Aber ihre Handlungsweise in dem einen Fall ist von der im andern Fall so grundverschieden, ja bewegt sich fast in Extremen, daß wir unmöglich irgend welche logischen Folgerungen daraus schließen können. In Nr. 33 unterm 20. März schreibt der „Corr.“: „Wir sind der Meinung, daß das Masseninteresse über dem Berufsinteresse stehen muß“. Ein Teil der Maschinenmeister aber macht sich diesen Anspruch nicht zu eigen, denn sonst könnten Vorkommnisse, wie sie das letzte Jahr uns brachte, nicht zu verzeichnen sein. Man hat oft die „Wanderredner der Schwarzarbeiterverbände“ gepötte und doch muß man erleben, daß Ähnliches ausgeführt wird von einer Arbeitergruppe, die ihren Haupttraum in die Welt hinaus-sendet, um gegen andere organisierte Arbeiter mobil zu machen.

Wenn man es uns wenigstens klar und deutlich sagen und es auch offiziell erklären würde: Uns geben eure Bewegungen nichts an, wir arbeiten mit Streikbrechern weiter, wenn Ihr die Arbeit ruhen laßt! — Aber nein — dazu hat man nicht den Mut, das soll dann mit dem Mäntelchen christlicher Liebe verdeckt werden und die sonderbarsten Ausflüchte müssen herhalten, um die Zweipältigkeit zu entschuldigen. Ob der in nächster Zeit abzuhaltende Kongreß der Maschinenmeister diese Frage lösen wird? Wir fühlen uns stark genug, auch allein unsere Bewegungen zum Ziele zu bringen. Nur müssen wir natürlich eine andere Taktik einschlagen, wenn wir wissen, daß wir auf Solidarität unserer Mitarbeiter auf keinen Fall zu rechnen haben.

Neuerdings kamen wir allerdings auf den Gedanken, daß die Disziplinarität schließlich garnicht würdig ist, mit anderen Arbeitergruppen auf eine Stufe gestellt zu werden. Stellt uns doch im „Corresp.“ Nr. 37 ein „B.“ unterschriebener Artikel aus Stuttgart das Zeugnis aus, daß wir uns aus „traurigen Elementen, Schiffbrüchigen aus allen Gewerben, Demunzianten, Streikbrechern und allerhand sonstigem Gesindel“ zusammenlegen. Wir sind erstaunt ob unserer bisher noch nicht gekannten Vielfältigkeit und wundern uns nur über zweierlei. Erstens, woher der Verfasser den Mut hat, die staatlich anerkannt nützlichen Elemente, genannt „Streikbrecher“, mit so nistigem Gesindel in einen Topf zu werfen; (er soll sich vor einer Beleidigungsklage hüten, diese Herren sind sehr feinfühlig) und zweitens darüber, daß er die Einbrecher und Raubmörder zu nennen vergessen hat, die unsere Reihen bevölkern. — Doch für uns ist die Lage zu ernst, um schlechte Scherze zu machen. Aber eines sei noch angeführt, daß gerade die Stereotypen sich zu mindestens 50 pCt. aus ungelerten Arbeitern zusammensetzen und der Schreiber hat somit seinen jezt als „gelernt“ geltenden Kollegen selbst einen schlechten Dienst geleistet. Doch wir werden an anderer Stelle darüber noch reden und wenn nötig, dann auch noch schreiben. — Wir haben uns bisher befreit, die Lebenslage unserer Mitglieder zu verbessern und in den allermeisten Fällen war es uns auch gelungen. Wir werden auch in Zukunft den Zwecken und Zielen unseres Verbandes treu bleiben und auch nicht den Mut sinken lassen, wenn uns eine so schwanfende Stütze, wie sie die Maschinenmeister für uns bilden, verloren geht. Kämpfe gegen Geldsacksinteressen stählen, je schwerer sie sind, um so mehr unsere Nerven, aber der Streitigkeiten mit den Mitarbeitern muß auf die eine oder andere Art ein Ende gemacht werden, denn diese Schwächen unsere Position. Wir sind der Meinung, daß ein Weg gefunden werden kann und muß, der zur gegenseitigen Verständigung führt, wenn wir nicht wollen, daß wir unsere Kräfte, statt sie gegen den gemeinsamen Feind zu brauchen, in zwecklosen gegenseitigen Reibereien erschöpfen. — 1.

Verjährung der Ansprüche auf Unfallrente.

Entschädigungsansprüche durch Unfall u. Schaden gekommener Arbeiter sollen innerhalb zwei Jahren nach dem Unfall geltend gemacht werden. In be-

sonderen Fällen gestatten aber die Unfallversicherungs-gesetze auch nach diesem Zeitraum, noch Ansprüche zu erheben. Voraussetzung ist, daß die Unfallfolgen erst später bemerkbar geworden sind oder der Verletzte durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse an der Verfolgung seiner Ansprüche gehindert war. Die Anmeldung des Anspruches muß aber dann innerhalb drei Monaten erfolgen, nachdem dieses Hindernis fortgefallen ist oder die Unfallfolgen dem Verletzten bemerkbar wurden. In einer Entscheidung betr. den Anspruch des Schleißers A. auf Unfallrente gegen die Norddeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft ist das Reichsversicherungsamt von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Das Refurtsgericht hat zunächst auf Grund des Gutachtens des Medizinalrats Dr. Heitmann in Rülle als erwiesen angenommen, daß das gegenwärtige Leiden des Klägers auf den Unfall vom 4. Mai 1901 zurückzuführen ist. Ferner ist es im Gegensatz zu den Gründen des schiedsgerichtlichen Urteils zu der Ansicht gelangt, daß der von der Beklagten geltend gemachte Einwand der Verjährung nicht durchgreift. Es ist zwar als erwiesen anzusehen, daß der Kläger nach Beendigung des Heilverfahrens noch gewisse Beschwerden und Unbequemlichkeiten verspürt hat, denn er hat dem Medizinalrat Dr. Heitmann gegenüber auf dessen Fragen wiederholt mitgeteilt, daß „es in der Brust noch nicht richtig“ wäre, und er litt auch an Kurzatmigkeit. Inzwischen haben ihn diese Beschwerden in den ersten Jahren nach dem Unfall in keiner Weise in der Erwerbsfähigkeit gehindert. Dies beweist die von ihm eingereichte Lohnaufstellung, sowie die von der Firma der Beklagten erteilte Auskunft vom 23. Mai 1905, wonach er bis zum 24. Dezember 1904 nicht nur regelmäßig gearbeitet, sondern von Jahr zu Jahr höhere Lohnsätze erreicht hat. Mit Recht weist also der Kläger in der Refurtsbegründung darauf hin, daß er unter diesen Umständen in den ersten Jahren nach dem Unfall einen Anspruch auf Rente mit Aussicht auf Erfolg niemals hätte geltend machen können, da er sich trotz gewisser Beschwerden in der Arbeitsfähigkeit nicht nennenswert beeinträchtigt fühlte. In dieser Beziehung ist das Gutachten des Dr. Heitmann, gegen welches übrigens keine Bedenken bestehen, offenbar irrig, wenn er die Beschränkung des Klägers in der Erwerbsfähigkeit in den ersten Jahren nach dem Unfall auf 10 pCt. schätzt, zumal da er nach Beendigung des Heilverfahrens objektiv nichts Krankhaftes mehr feststellen konnte. Der Wille des Gesetzgebers ist es nun zweifellos nicht gewesen, diejenigen Verletzten unter der Strenge des Gesetzes zu lassen, die nicht aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen oder aus Nachlässigkeit, sondern aus dem Grunde die Anmeldung von Entschädigungsansprüchen innerhalb der ersten zwei Jahre unterlassen haben, weil sie sich für voll arbeitsfähig anziehen und deshalb Ansprüche auf Rente für unange-rechtfertigt hielten. Auch sprechen es die Motive zum Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetz vom 30. Juni 1900 ausdrücklich aus, daß die Bestimmungen des § 72 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetzes eine Milderung gegenüber den bezüglich den Vorschriften des früheren Gesetzes enthalten und zwar mit Rücksicht auf die Erfahrung, daß schwerere Folgen, die eine Beschränkung in der Erwerbsfähigkeit mit sich bringen, oft erst nach Ablauf der zweijährigen Frist des § 72 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetzes eintreten. Dies ist offenbar auch im vorliegenden Falle anzunehmen, denn der in den ersten Jahren völlig arbeitsfähige Kläger erkrankte plötzlich Ende Dezember 1904 an den Folgen des Unfalls des Jahres 1901 so schwer, daß er zunächst nur noch im beschränkten Umfange, neuerdings aber überhaupt nicht mehr seiner Tätigkeit nachgehen konnte. Das Refurtsgericht hat bei dieser Sachlage die Ueberzeugung gewonnen, daß dem Kläger die „einen Entschädigungsanspruch begründenden Unfallfolgen erst Ende Dezember 1904 bemerkbar geworden sind, und da die Anmeldung des Entschädigungsanspruches Anfang März 1905 bewirkt ist, so ist sie gemäß § 72 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetzes rechtzeitig erfolgt. Dem Refurte war somit stattzugeben, und die Beklagte war unter Aufhebung ihres angefochtenen Bescheides und der Vor-entscheidung zu verurteilen, dem Kläger für die Folgen des Unfalls vom 4. Mai 1901 zu entschädigen.“ („Correspondenzblatt.“)

Das Vereinsrecht der Frauen vor dem Reichstag.

Am 14. März hat sich das Reichsparlament mit dem Vereinsrecht der Frauen beschäftigt. Es verhandelte über einen der Anträge, die zur Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes von fast allen Parteien eingebracht worden sind. Zur Beratung stand der Antrag der Freisinnigen, der sich damit begnügt, Beseitigung der landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechtes der Frauen durch Reichsgesetz zu fordern. Unbegreiflich und bebauerlich ist es, daß nicht über alle zur Materie gestellten Anträge gleichzeitig verhandelt wurde. Es wäre gewiß zu begrüßen, daß durch eine Art Notgesetz die einseitigen und rückwärtlichen landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben würden, welche das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen im weit-aus größten Teile Deutschlands beschränken. Die breiten Massen der Ausgebeuteten erhielten dadurch aber noch keineswegs das Recht, das ihnen gebührt. Es blieben nach wie vor alle reaktionären Gesetzes-texte, alle Rüden und Tüden bei ihrer Anwendung erhalten, welche die Bewegungsfreiheit der Arbeiter-klassen beeinträchtigen. Damit ist auch gesagt, daß die proletarischen Frauen weiter unter den kleinlichsten Schikanierungen und Drangalierungen zu leiden hätten. Der Antrag der Freisinnigen wurde durch den Abgeordneten Bachnide begründet, und zwar vom bürgerlich-frauenrechtlerischen Standpunkt aus in vortrefflicher Weise. Bachnide wies die Bestimmungen zur Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes der Frauen nach, sowie die Unmöglichkeit, zwischen wirtschaftlichen, sozialpoliti-schen und politischen Angelegenheiten scharfe Grenzlinien zu ziehen. Unter Hinweis auf § 4 der Reichsverfassung und darauf, daß die Aufhebung des Verbindungsverbotes durch die Reichsregierung erfolgt war, zerstückte er den Vorwand, als ob die ge-forderte Reform in die Kompetenzen der einzelnen Bundesstaaten eingreife. Die sachliche Notwendigkeit der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungs-lebens wies Bachnide recht anschaulich nach. Er regelte fest, daß die Behörden in Köln gelegentlich einer Tagung der Gesellschaft für soziale Reform einer Ausländerin, der englischen Fabrikinspektori-nin Miss Anderson, das nämliche Recht der Beteiligung gestattet hatten, das sie einer deutschen Reichsange-hörigen verweigerten, welche als Referentin vorge-sehen war. Aber er fand kein einziges Wort, um das schmachvolle zweierlei Recht zu brandmarken, welches die Behörden für „Damen“ und für Profe-sorinnen praktizieren. Der freisinnige Müller (Meinungen) holte das nach. Er kritisierte insbeson-dere die Spitzfindigkeit und Brutalität, mit welcher die Behörden den Kopf landesgesetzlicher Bestim-mungen über das Vereins- und Versammlungsrecht als Schlinge benutzen, um die reichsgesetzlich aner-kannte gewerkschaftliche Organisationsfreiheit der Arbeiterinnen abzuwürgen. Allerdings schien es nach den Ausführungen Müllers, als ob sich die Schärfe der Gesetze und ihrer Hüter vor allem gegen die Kirch-Underrichten Organisationen lehre, obgleich es die Späßen von den Dächern pfeifen, daß sich an den freien Gewerkschaften der amtliche Eifer fin-diger Juristen und schneidiger Mittel in ganz an-derem Maße noch übt. Es wäre jedoch unbillig, in dieser Beziehung von einem Freisinnigen mehr zu verlangen, als seinem schwachen Leibe frommt. Der nationalliberale Wassermann trat im Namen seiner Fraktion ebenfalls für den Antrag ein. Seine Aus-führungen waren alles in allem ein schwächerer Aufsatz der freisinnigen Rede. Als lustiges Skurio-sum sei daraus verzeichnet, daß es der Herr fertig brachte, die kenntnisreiche Klare Genossin Luzemburg mit der wirksässigen Frauenrechtlerin Anita Augspurg als Gesinnungsgenossin zusammenzufop-peln. Davon abgesehen, daß der bürgerliche Frei-sinn die Gelegenheit zu einem nachmaligen Pronun-ziamiento gegen das Frauenstimmrecht benutzte, ver-dienen zwei kleine Züge Erwähnung, welche den bür-gerlichen Liberalismus charakterisieren. Bachnide und Wassermann warnten mit erhobenem Befel die Frauenrechtlerinnen vor jedem Habitalismus, ins-besondere in betreff der Ehe und „freien Liebe“. Müller und Wassermann aber bettelten die Regie-rung förmlich an, sie möge doch die beantragte Re-form als ein Mittel gewähren, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Konsequenter als alle bür-

erlichen Politiker trat der sozialdemokratische Abgeordnete Sandermann nicht bloß für die Gleichberechtigung der Frauen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsweins ein, sondern vielmehr für ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte. Er legte den schreienden Gegensatz bloß, der zwischen der unendlichen Belästigung der Frau als Ausbeutungsobjekt und ihren winzigen Rechten als Staatsbürgerin besteht. Er kritisierte die von uns bereits eingangs gekennzeichnete Unzulänglichkeit der geforderten Reform unter Bezugnahme auf den großen Anflug, welchen der sogenannte Minderjährigenparagraf in Sachen anrichtet. Minister Kosa-Nowski wohnte den Verhandlungen bei. Es wurde ihm wiederholt mit dem Jaupfahl gewinkt, sich über die Stellungnahme der Regierung zu äußern. Er schwieg jedoch beharrlich, trotz der Hinweise auf die vagen Versprechungen bezüglich des Vereinsrechtes, die er einst gegeben hatte. Der Antrag der Arbeiter wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Daß die Reform damit unter Dach und Fach wäre, können sich nur die Toren einreden, die noch immer an dem Glauben festhalten, man könne von dem Ditteltreich der jetzigen Ministerungen Feigen pflücken. (Gleichheit.)

Korrespondenzen.

Dresden. Versammlung vom 13. März. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften“, hatte der Redakteur Gen. Riem das Referat übernommen. Er schilderte in klarer und leicht verständlicher Weise den Wert der Gewerkschaften in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Der Redner wies darauf hin, daß die organisierte Arbeiterchaft heute schon ein Wachstumsfaktor ist, mit dem der Kapitalismus zu rechnen hat. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, tüchtig mit zu arbeiten und treu zur Organisation zu halten. Eine Debatte fand nicht statt. Unter Gewerkschaftlichem berichtigte Kollege Krumpfert von einer am 5. März stattgefundenen Maschinenmeisterversammlung, zu welcher er schriftlich eingeladen war. In der Versammlung wurde Krumpfert der Vorwurf gemacht, die Vereinbarungen zwischen Maschinenmeistern und Hilfsarbeitern (Streitigkeiten und Ueberrasse bederseits in kombinierten Sitzungen zu regeln) nicht eingehalten zu haben, da in dem Bericht der Leitungsversammlung in der „Solid.“ Nr. 4 der Anfangsbuchstabe eines Maschinenmeisters der „Neuesten Nachrichten“ genannt wurde, welcher fortgesetzt die Hilfsarbeiter mit den schönsten Schmehnamen errent. Krumpfert glaubt aber im Recht zu sein, da der betreffende Maschinenmeister garnicht zum Verein der Maschinenmeister gehört. Der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins Herr Lehmann erklärt dagegen, daß es ihm einerlei ist, ob der betreffende zu ihnen gehöre oder nicht, jedenfalls berührt es ihn sehr peinlich, wenn er in dem Berichte steht, der Maschinenmeister L. treibt es so ober so, und die Leitung der Zahlstelle hat sich nicht an den Vorstand gewandt, um die Sache ruhig zu regeln. Er betrachtet es als einen großen Fehler, wenn die Ermahnungen auf diese Weise durchbrochen werden. Maschinenmeister Schüle führt auch noch ins Feld, daß die Mädchen noch sehr wenig von dem Organisationsgedanken begriffen hätten und sich dieses bieten ließen, was die Arbeiterbewegung bekämpft; die Mädchen könnten auch nicht verlangen, daß die Maschinenmeister für sie die Kohlen aus dem Feuer holen sollten. Ferner weist er darauf hin, daß das Normenauflösen und -forttragen, Papiertragen usw. nicht Arbeiten für Anlegerrinnen sind, sondern für männliche Hilfsarbeiter, und da wäre es angebracht, daß die Mädchen ganz einfach diese Arbeiten übernehmen, damit hierin Abhilfe geschaffen wird. Kollege Herrmann macht auf den Maschinenmeisterparagraf aufmerksam, der zu Nr. 3. statfindet und erklärt, daß auf demselben die Hilfsarbeiterfrage wieder angeknüpft wird und auch die Arbeiten der Drucker und Hilfsarbeiter genau ventiliert werden, was jedenfalls von sehr großem Wert sein könnte, da man jetzt mandesmal die Grenze nicht mehr genau unterscheiden kann. Herrmann appelliert an das Solidaritätsgefühl der Maschinenmeister, damit sie uns in anderer schwerer Arbeit etwas unterstützen möchten und wünscht, daß man bei so feindlichen Sachen nicht gleich eine Aktion machen soll; ferner spricht er die Hoffnung aus, daß es wie bisher bei dem alten Abkommen bleibt und berichtet, ferner derartige Sachen in den kombinierten Sitzungen zu regeln. Krumpfert wies ferner darauf hin, daß die Firma Walter in der Frohnstraße von unserem Arbeitsnachweis Anlegerrinnen nicht erhält, bis bessere Behandlung und Sauberkeit in dem Geschäft Einkehr gehalten haben. Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Bücherkontrolle am 1. April statfindet und ab 1. April der Lokalbeitrag laut

Beschluß der letzten Versammlung für alle Mitglieder pro Woche 5 Pf. erhoben werde. Mitgeteilt wurde noch, daß für alle Gewerkschaftsmitglieder der Eintrittspreis für die Ausstellung des belagerten Bildhauers Konstantin Menner 10 Pf. beträgt und können Karten zu derselben im Bureau des Gewerkschaftsartikels gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches entnommen werden. Hierauf Schluß der Versammlung. N. W.

Crimmitschau. Versammlung vom 13. März. Der Vorsitzende rügt in scharfen Worten den schlechten Versammlungsbesuch und gibt bekannt, daß uns ein Einzelmitglied Nisch, Scherling aus Altenburg überwiesen worden ist. Auch soll nächsten Sonntag dabeist eine Versammlung abgehalten werden behufs Gründung einer Zahlstelle. Nach Verteilung zweier Schreiben wurde eine Kollegin in den Verband aufgenommen. Abgemeldet haben sich drei Mitglieder. Den Kartellbericht gibt der Delegierte und ist hervorzuheben, daß die Buchdrucker beschlossen haben, sich zur Ausfüllung des vom Gewerkschaftsartikels vorausgabigen Fragebogen ablehnend zu verhalten. Sie begründen dies damit, daß die auszufüllenden Fragen zuweit in die Privatverhältnisse eines jeden Einzelnen eingreifen. Das Sommerfest der politischen Partei findet am 24. Juni statt und wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß Veranstaltungen kurz vor und nach dem Fest unterbleiben sollen, damit die Teilnahme eine recht starke wird. Nachdem der alte Kassierer kein Amt niedergelegt hat, wird an seiner Stelle Kollege Moritz Klop gewählt und als Kartelldelegierter Kollege Guido Dünker, da Kollege Klop infolge der Kassierwahl des Delegiertenamtes entbunden wurde. Es wird der Antrag gestellt, die übrig geliebten 70 Mk. von der bestehenden Ortskassenschatz und 30 Mk. von der Ortskasse, insgesamt 100 Mk., in der Sparkasse des Konsumvereins Eintracht-Crimmitschau verzinslich anzulegen, was einstimmig Annahme fand. Nach Erledigung einiger weiterer interner Punkte erfolgte Schluß. — Nächste Versammlung Dienstag vor Ostern, den 10. April, im Restaurant zum Pleißenthal.

Niederleisitz. Am 22. März d. J. fand eine öffentliche Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter im Restaurant zur Laube in Niederleisitz statt mit der Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationen. 2. Gewerkschaftliches. Es hatten sich hierzu erfreulicherweise auch einige Drucker, u. a. der Vorsitzende hiesiger Zahlstelle des Deutschen Seneffelder-Bundes, Herr Rentlich, eingefunden und zeigten, daß auch sie Interesse an der weiteren Entwicklung unseres Verbandes haben. Das Bureau bildeten die Kollegen Ruch als erster, Schöttner als zweiter Vorsitzender und Barlow als Schriftführer. In Punkt 1 hatte Kollege Krumpfert-Dresden das Referat übernommen. In leicht verständlichen Worten führte der Redner den Anwesenden vor, wie notwendig uns die Organisation ist und erläuterte einige der wichtigsten Paragraphen unseres Verbandsstatuts. Er ermahnte dringend die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zum Beitritt in den Verband, denn nur durch eine starke Organisation könne Abhilfe der bestehenden schlechten Zustände geschaffen werden. Kollege Krumpfert führte zum Schluß noch an, daß oft weisenteils Kolleginnen der irrigen und verwerflichen Meinung sind, der Beitritt habe keinen Zweck für sie und als Grund baldige Verbeiratung oder nicht mehr langes Weiben im Geschäft angeben. Er erläuterte den besonders dazu bestimmten § 14 des Statuts. Maschinenmeister Friedemann verstand den Inhalt des betreffenden Paragraphen nicht genau und wurde ihm derselbe vom Kollegen Krumpfert nochmals erklärt. Unter Gewerkschaftlichem frag Kollege Schindler, wie man sich bei etwaigen Lohnforderungen zu verhalten hat, da schon mehreremal bei der Firma Kunstdruck darum angehalten worden ist, die Arbeiter aber vom Vorgesetzten stets kurz abgewiesen wurden. Kollege Ruch erwidert, daß auch er nicht abgeneigt ist, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen, daß aber erst die Nebereien unter den Kollegen betreffender Firma endlich einmal aufhören müßten. Kollege Krumpfert ist im Unklaren, ob im ganzen oder einzeln vorgegangen worden ist, denn wenn im ganzen Forderungen gestellt werden, so ist erst die Zustimmung der Lokalverwaltung und des Hauptvorstandes notwendig. Es wird erwidert, daß einzeln vorgegangen wurde. Auch er ist nicht abgeneigt, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen, da 17-22 Mk. im Verhältnis zu dem großen Format, wie es im Kunstdruck vorhanden ist, und der damit verbundenen Gefahr, der die Kollegen ausgesetzt sind, zu wenig sei. Er schlägt vor, vorher aber erst eine Geschäftsversammlung in Gegenwart des Dresdener Vertrauensmannes abzuhalten. Kollege Ruch regt an, wie sich die Kollegen und Kolleginnen zur Gründung einer Zahlstelle für Niederleisitz stellen, da wir doch jetzt bereits schon 50 Mitglieder sind. Kollegin Vater ist ebenfalls der Meinung, daß es dienlicher wäre, wenn wir eine eigene Zahlstelle besäßen. Kollege Ruch beät

bedenken, daß nicht geeignete Personen zur Leitung vorhanden sein würden und es schließlich besser wäre, es vorläufig mit einer Sektion zu versuchen und vierteljährlich mindestens zwei Versammlungen abzuhalten, weil der Punkt Gewerkschaftliches in Dresden jedesmal zuletzt auf der Tagesordnung steht und die auswärtigen Mitglieder dies nicht abwarten können. Kollegin Mähle ist aber entschieden dagegen. Kollegin Vater fragt an, ob die Gründung mit Geldlohn verbunden ist. Kollege Krumpfert bejaht dies, ist aber nicht abgeneigt, da laut Statut 9 Mitglieder berechtigt sind, eine Zahlstelle zu gründen, schließt sich aber den Ausführungen des Kollegen Ruch voll und ganz an, denn daß seit Einführung der Staffelbeiträge die Arbeit eines Verwaltungsvorstehers eine ganz enorme ist, würde dies bei Mangel an geeigneten Personen nicht durchzuführen geben, sondern die Folge würde Mitglieder-schwind sein; er schlägt vor, 3 Kommissionsmitglieder zu wählen. Kollegin Defant wünscht, daß in Zukunft Verzögerungen betreffs Ausbändigung von Mitgliedsbüchern und Statuten an neuereitretende Mitglieder unterbleiben möchten. Kollege Barlow schlägt vor, noch heute eine Sektion zu gründen und 3 Kommissionsmitglieder zu wählen. Kollegin Vater wünscht 5 Kommissionsmitglieder, damit beide Branchen, Buch- und Steindruck, berücksichtigt werden können. Es werden demnach 5 Mitglieder gewählt, und zwar die Kollegen Ruch, Barlow und die Kolleginnen Heisler, Defant und Vater. Sodann Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Breslau. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. März 1906. Gegen das Protokoll der vorigen Versammlung erhebt Kollege Abend Einspruch, da die von ihm vorgelegte Resolution nicht darin enthalten ist und wünscht, daß selbige dem Protokoll angefügt wird. Zur Aufnahme hatten sich gemeldet die Kolleginnen S. Jels, A. Krüger, S. Cygan, M. Standke und B. Rehrig; ferner die Kollegen E. Bartich, E. Menzel, M. Arbeiter, A. Neumann, G. Urban, P. Thiel, B. Stibale, K. Dentsch, A. Bier, A. Budick, D. Baur, G. Müller, D. Schabe, W. Vanghammer, M. Wochschowski, G. Kranz und M. Danke, welche in der üblichen Weise vom Vorsitzenden willkommen geheißen wurden. Kollege Müller gab sodann eine Bewegungsstatistik vom Oktober bis März. Eingetreten sind demnach 56, ausgeschieden 14, ausgeschlossen 3, gestorben 3, abgereist 4 Kollegen, sodann am 31. März ein Bestand von 150 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Es folgte dann Statutenänderung bez. § 3 des Unterstützungsreglements. Der Vorschlag des Vorstandes, in Klasse 1 und 2 einen kleinen Krankengeldzuschuß sowie einen Beerdigungsbeitrag von der Ortskasse zu geben, wurde vom Kollegen Abend als zu gering angehen. Selbiger führte aus, daß wir ganz gut imstande sind, einen höheren Zuschuß zu bewilligen, indem die Ortskasse jetzt durch die Zentrale in dieser Sache erheblich entlastet ist und es auch ein Mittel zum Zweck ist, neue Mitglieder zu gewinnen. Redner schlägt vor, inkl. der vom Verband gewährten Kranken-Unterstützung in Klasse 1 auf 3 Mk., in Klasse 2 auf 3,50 Mk. und in Klasse 3 auf 4,50 Mk. zu erhöhen. Es entspann sich darüber eine lebhaftige Debatte, in der sich Kollege Wolf überhaupt gegen jede Krankenunterstützung aussprach, da der Verband keine Versicherungskasse sei, was ihm jedoch die Kollegen Niebler und Merkel widerlegten. Es wurde darüber eine namentliche Abstimmung vorgenommen, welche Annahme des Antrages Abend er gab. Betreffs des Beerdigungsbeitrages wurde der Vorschlag des Vorstandes, in Klasse 1 5 Mk., in Klasse 2 7,50 Mk., in Klasse 3 15,— Mk. zu zahlen, angenommen. Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Der Vorsitzende machte bekannt, daß bei Gesuchen um Extraunterstützung auch das Verbandsbuch einzuenden ist. Betreffs des nach Dresden abgereisten, von hier jedoch nicht abgemeldeten Kollegen Smooh wurde bekannt gegeben, daß derselbe die Ortsunterstützung verlannt und beschloffen, dieselbe auszusahlen, jedoch nur vom Tage der Meldung an. Sodann wurde ein Schreiben der Zahlstelle Berlin II gelesen, welches die Differenzen bei den Firmen D. Elsner und W. Greve betrifft. Die Firma D. Elsner lüchte im hiesigen „B. G. A.“ unter verlockenden Bedingungen aberland Personal, es erfolgte jedoch bald nach Erscheinen der beiden Ankerate seitens der Ortsverwaltung im selbigen Blatte eine Gegenerklärung, welche die Kollegen und Kolleginnen warnte, um vor Schaden bewahrt zu bleiben. Seitens des Vorstandes wurde an die Geschäftsleitung des „B. G. A.“ ein Schreiben gerichtet, worin um Regelung der Arbeitszeit, Aufbesserung der Löhne, sowie menschenwürdiger Behandlung seitens des Obermaschinenmeisters ersucht wurde. Hierauf wurde der Vorsitzende zu einer persönlichen Aussprache mit dem leitenden Herrn Direktor eingeladen. Der Erfolg war zwar nicht so, wie er uns wünschenswert erscheint, jedoch wurde uns zugesichert, baldmöglichst unseren Wünschen Rechnung zu tragen. Der für den 6. Mai angelegte Früh-

jahrs-Ausflug findet bestimmt statt und zwar nach Hundsfield, Sackrau bis Loffen, als Treffpunkt wurde Weisenburgerplatz, früh 9 Uhr, festgesetzt. Außerdem macht Kollege Müller bekannt, daß behufs Auffstellung einer Statistik über die Lektüre der Mitglieder und Zugehörigkeit zu anderen Vereinen Fragekarten ausgegeben werden und fordert zum Abonnement auf die hiesige „Volkswacht“ auf. Sodann wünscht der Vorsitzende den Arbeitsnachweis mehr zu berücksichtigen und nicht auf jedes Intemat ohne vorherige Erkundigung einzugehen. Da die Kollegen A. Weisser und H. Köhlig trotz mehrmaliger Aufforderung zur Begleichung ihrer Reste nicht verschieben konnten, wurden dieselben einstimmig ausgeschlossen. Kollege Opitz verlas Johann den Kartellbericht, welcher beifällig aufgenommen wurde. Nach einem nochmaligen Hinweis auf den noch bestehenden Saalbofost selbst der Vorsitzende mit einem 3-fachen Hoch auf den Verband um 3 Uhr die aufbesetzte Versammlung.

Bremen. Versammlung vom 25. März 1906. Dieselbe wurde, da der erste Vorsitzende Kollege Schab krank ist, von der zweiten Vorsitzenden Kollegin Frau Hoffe eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls, das genehmigt wurde, berichtet Frau Hoffe über den Abschluß der Differenzen betreffs Aufnahme der Zeitungsaussträgerinnen. Nachdem eine gründliche Auseinandersetzung zwischen dem Hauptvorstand und dem Kollege Schab erfolgt sei, wie die vorliegenden Schriftstücke bezeugen, sei eine beide Teile befriedigende Lösung erfolgt. Die Vorsitzende verliest hierauf die betreffenden Schriftstücke und ist die Versammlung ebenfalls einverstanden. Zur Wahl eines zweiten Kassierers erklärt Kollege Joh. Werner, seinen Posten, wie vom Hauptvorstand gewünscht, nicht wieder annehmen zu können, trotzdem auch Kollege Fischer bereit ist, auf den Posten als 1. Kassierer zu verzichten. Kollege Werner schlägt den Kollegen Hudi als 2. Kassierer vor und verspricht, beide Kassierer einrichten zu helfen. Kollege Hudi wird gewählt. Sodann beantragt der Vorstand den Abschluß des Kollegen Hofes, weil derselbe einen Fragebogen, der ihm zur Ausfüllung vorgelegt war, willkürlich falsch ausgefüllt habe. Hofes ist trotz besonderer Einladung nicht erschienen. Alle zu dieser Sache sprechenden Redner verurteilen auf das Schärfste das Verhalten Hofes, besonders im Hinblick auf frühere von Hofes beliebte Sachen. Hofes ist nicht mehr als Mitglied zu betrachten und wird sein Ansehen einstimmig beschließen. Hierauf Schluß der Versammlung.

München. Die Abhaltung der gutbesuchten Mitglieder-Versammlung am 26. März konnte leider in bisherigen Vereinslokale wegen Platzmangel nicht stattfinden. Nach Verlesung des Protokolls erteilte der Vorsitzende Herrn Wacker vom Steinbrücker-Verband das Wort, um über die weitere Veranlagung und Bezahlung des Rapportzettels zu berichten. Danach soll uns der Raum für Bekanntmachungen im Rapportzettel für eine jährliche Entschädigung von 10 Mk. zugesichert und wöchentlich einige Exemplare an unsere Mitglieder abzugeben werden. Das gleiche Entgegenkommen haben wir auch von den Buchdruckern zu erwarten. In einer letzten Buchdrucker-Versammlung wurde uns vom Kollegen Weismitt der Raum von 5 Zeilen unentgeltlich versprochen, was allgemein mit großer Freude begrüßt wurde. Zustellung der Zettel erfolgt durch die Vertrauensleute beiderseits. So wäre nun auch dieser bereits in drei Versammlungen besprochene Punkt erledigt. Der Vorsitzende gab den Inhalt eines vom Volkshausverein zugelandten Schreibens kund, die Kollegen und Kolleginnen möchten auch ihr Schärfflein dazu beitragen zur Erbauung eines Volkshauses, und zwar soll dieser Extrabeitrag nur einen ganzen deutschen Reichspfennig betragen. Bei herrschender Beitragsverhöhung wollen jedoch die Kollegen und Kolleginnen nicht recht daran, auch noch diesen einen Pfennig zu bezahlen. Kollege Wacker machte uns den Vorschlag, es eben so wie die Steinbrücker zu machen und vor der Hand einen Anteilchein zu nehmen, später, wenn es ruhiger ist, könnte man dann den Dubius von 1 Pf. einführen. Auf Antrag des Kollegen Sperber wurden weitere Besprechungen zur nächsten Mitglieder-Versammlung zurückgestellt. Zu wünschen sei die Bekanntmachung der ein- und ausgetretenen Mitglieder, sowie der Kranken- und Arbeitslosenstand in den Versammlungen und wird auch künftig erfolgen. Zu bemerken sei noch, daß Kollegin Schraumm sehr unter den hinterlistigen Machinationen eines in der Firma Huber, Jordan & Körner beschäftigten Buchbinders zu leiden hat. Das Vorgehen dieses galanten Herrn ist ein derartig systematisches, daß es unmöglich ist, jeden Fall ungerügt durchgehen zu lassen. Er zeigt große Geschäftigkeit gegen unsere Kolleginnen ohne jeden Grund und ist eifrig befreit, sie durch allerlei Schabernack von ihrer Stelle zu verdrängen. Hier wird der Arbeiterauschuss energisch eingreifen

müssen, um diesem Arbeiter-schänder das Handwerk zu legen. Die künftigen Mitglieder-Versammlungen werden von heut ab im hiesigen Saal des goldenen Wörfer, Deutschmannsplatz, stattfinden. Einer Anregung zufolge, einen Herausflug zu bewerkstelligen, wird bekannt gegeben, daß derselbe bei günstigem Wetter am 1. Osterfeiertag stattfindet und zwar nach Stein. Hierzu sind die Fürther Kollegen und Kolleginnen ebenfalls herzlich eingeladen. Weitere Mitteilungen erfolgen durch den Rapportzettel. Offiziell wird uns der launische April die Freude auf unseren ersten Ausflug nicht verderben. Sodann Schluß der Versammlung.

Berlin. Nachdem schon im vorigen Sommer die „Christlichen“ verschiedene allerdings vergebliche Versuche gemacht hatten, das hier am Orte beschäftigte Buchdruckerhilfspersonal für sich zu gewinnen, fand hier am 26. März auf Veranlassung unserer Vize-Vorsitzenden eine Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollege Kessmeier-Vielefeld sprach über die mizliade Lage unserer Kollegen und Kolleginnen und machte den Erschienenen klar, daß nur dann Verbesserungen erzielt werden können, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen sich in der Organisation bereinigen und auf diese Weise ihren wirtschaftlich stärkeren Gegnern, den Prinzipalen, ein geschlossenes Ganzes gegenüberzustellen vermöchten. Die Lebensmittelpreise seien besonders in letzter Zeit geradezu unheimlich gestiegen, aber die Löhne blieben die alten, so daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft von Tag zu Tag schlechter geworden sei. Es sei deshalb Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, im Interesse ihrer selbst, im Interesse ihrer Familie, auf Mittel und Wege zu finden, um diesen unhaltbaren Zustand zu bessern, und das könne nur durch die Organisation erreicht werden. Die Wahrheit dieser Worte erkennend, meldeten sich hierauf 11 Kollegen und 3 Kolleginnen zum Verband, so daß damit auch in Berlin die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes vor sich gegangen ist. Kollege Heinrich Klümer übernahm vorläufig die Leitung. Mit der Aufforderung seitens des Kollegen Kessmeier an die neugewonnenen Mitglieder, alles zu versuchen, um auch die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen in die Organisation hineinzubekommen, damit die neue Zahlstelle bald stark und mächtig werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die Steinbleifer hielten am 30. März eine Versammlung ab, in der Kollege Kretschmar einen Vortrag über „Robert Owen“ hielt. Sodann gab Kollege Herrmann einen Überblick über die Tätigkeit der Tarifkommission betr. der von der Kommission gestellten Mindestlöhne. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Höhe der von der Kommission gestellten Mindestlöhne für Steinbleifer. Doch erklärte man sich am Ende mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden. Eine ebenfalls lebhafteste Diskussion rief die Besprechung der Differenzen bei der Firma Freier Kahl, insbesondere die von der örtlichen Verwaltung der Steinbrücker empfohlene Stellung der Steinbrücker den event. Streikbrechern gegenüber, hervor. Selbige wird von allen Rednern in schärfster Weise mißbilligt. Nach Erledigung noch einiger kleiner Angelegenheiten und nachdem den in den Streik tretenden Kolleginnen die Sympathie der Steinbleifer ausgesprochen war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Stettin. Der Verband der Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hat im verfloffenen Vierteljahr am hiesigen Ort drei Versammlungen abgehalten; in sämtlichen wurde vom Kartellvorsitzenden Boupar ein Vortrag gehalten über Gewerbeordnung, Invaliden- und Krankenversicherung. Die Anfordernungen inbezug auf die Abnahme der Streikmarken wurden von der Zahlstelle prompt erfüllt. Da Kollege Schröder das Amt eines Kassierers nicht mehr behalten wollte, erfolgte Neuwahl eines solchen. Die Anschließung eines gemittelten Bejammenmeins an die Versammlungen

hat sich als praktisch erwiesen, da die Kolleginnen, die meist an ihr Sonntagstanzchen gewöhnt sind, auf diese Weise nichts entbehren und gern in die Versammlung kommen. Die Aussichten für eine stetige Weiterentwicklung sind die besten und hoffen wir, im nächsten Quartalsbericht darüber Erreichtes mitteilen zu können. M. S.

Detmold. In der letzten Zeit fanden hier zwei Besprechungen statt, in denen Kollege Kessmeier-Vielefeld anwesend war, um die hiesigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu interessieren. Ist auch die Zahl der gewonnenen Mitglieder noch klein, so kann man immerhin mit diesem Anfang, besonders in Anbetracht der eigenartigen Verhältnisse, zufrieden sein. Der Kartellvorsitzende Kollege Bienen hat die Sache in die Hand genommen und wird versuchen, durch Einberufung neuer Besprechungen den Kreis der Mitglieder zu vergrößern.

Rundschau.

Gegen die Besteuerung der außerordentlichen (Klame-) Zeitungsbeilagen wendet sich ein in Berlin gegründetes Agitationskomitee mit dem besonderen Hinweis, daß Staatssekretär Kräfte nicht mit bei der Ansichtstaxensteuer einen ablehnenden, sondern einen diesem Vortage sympatischen Standpunkt eingenommen habe. In einem Flugblatt wird in einem: „Ein Steuerveichem im Kugelbogen“ betitelten Aufsatze treffend gegen die geplante Besteuerung der Klamezeitungsbeilagen argumentiert und werden auch die Gefahren beleuchtet, die nicht nur der Geschäftswelt, dem Zeitungsberausgeber, dem Buchdruckerbesitzer, sondern auch den Arbeitern im Buchdruckgewerbe durch dieses Projekt beaufschworen werden. Das schon gebachte Komitee fordert deshalb alle gewerblichen Vereinigungen unserer Branche auf, gegen dieses Steuerprojekt eine energische Opposition zu entfalten. Dieser Protest ist wert, die energische Unterstützung zu erhalten, denn ein großer Teil unserer Kollegschaft würde durch dieses neues Steuerprojekt nicht unbedeutend geschädigt.

Literatur.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verl. von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 7 des 16. Jahrganges zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen, beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Versammlungsanzeige.

Ermitzschau. Am 10. April 1906: Mitglieder-Versammlung im Restaurant Pleikenthal (Rotes Zimmer). Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Todesanzeigen.

Am Sonnabend, den 11. März, verstarb im Städtischen Krankenhause unser Verbandskollege **Heinrich Lindner**, Steinbleifer bei der Firma G. O. Röder.

Am Dienstag, den 27. März, schieb unsere Verbandskollegin

Anna Hofmann

im 21. Lebensjahre durch den Tod aus unserem Mitgliederkreis.

Reicht sei Euch die Erde!

Guer Andenten hält in Ehren

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Leipzig.

Verband der Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Achtung! Mitglieder Leipzigs. Achtung!
Der Streik in der Steinbrücker Zigarettenfabrik von M. Prescher & E. Kutsch war unvermeidlich. Geschlossen, wie die Kolleginnen sich um den Verband geschart, haben diese die Anstalt verlassen.
In acht vollen Tagen ist es der Firma bei größter Anstrengung durch riesige Annoncen nicht gelungen, ein halbes Duzend Streikbrecherinnen zu finden. Bewährt sich das Graphische Kartell und lösen Drucker und Maschinenmeister ihr Versprechen ein, dann dürfte dieser Streik ein kurzes ehrenvolles Ende nehmen.
Um volle Solidarität aller Kolleginnen Leipzigs ersucht
Im Namen der Streikenden: Die Streikleitung.